

Die Linke Fraktion im Regionalverband Saarbrücken
Schlossplatz 11, 66111 Saarbrücken

Frau Dr. Lehberger
Schlossplatz 11

66119 Saarbrücken

**Die Linke Fraktion im
Regionalverband Saarbrücken**
Der Vorsitzende
Jürgen Trenz

Schlossplatz 11
66111 Saarbrücken

Telefon: (681) 506-8900
info@dielinke-regionalverband.de
www.dielinke-regionalverband.de

Saarbrücken, 11. August 2026

Antrag Resolution

Sehr geehrte Frau Regionalverbandsdirektorin,

die Linksfraktion stellt nachfolgenden Antrag einer Resolution zur nächsten Sitzung der Regionalversammlung am 27. August 2026 sowie zur vorbereitenden Sitzung am 20. August im Regionalverbandsausschuss. Die Verwaltung des Regionalverbandes wird gebeten, den Resolutionstext sowohl der IG Metall Verwaltungsstelle Völklingen, der Landesregierung, der Bundesregierung als auch der EU-Kommission zukommen zu lassen:

„Resolution zur Stahlindustrie und zu den Standorten und Arbeitsplätzen im Regionalverband Saarbrücken

Die Regionalversammlung Saarbrücken unterstützt ausdrücklich die Kernforderungen der IG Metall zum Erhalt der Stahlindustrie, zum ökologischen Umbau (grüner Stahl) und damit zum Erhalt der Standorte im Regionalverband Saarbrücken (Völklingen und Saarbrücken-Burbach) mit z.Z. rund 5.550 Beschäftigten.

Seit Jahren setzt sich die IG Metall nach eigenem Bekunden für Rahmenbedingungen ein, die sowohl den klimapolitischen Zielen Rechnung tragen, aber auch den Wirtschaftsstandort Europa und seine Arbeitsplätze nicht gefährden. Umweltschutz- und Industriepolitik sind kein Widerspruch. Die Stahlindustrie hat zwei Hauptziele: zum einen muss sie die Klimaschutzziele erreichen und zum anderen im globalen Wettbewerb bestehen. Möglich ist das nur durch einen aufwändigen Transformationsprozess.

Kernforderungen der IG Metall

- Verlässlichkeit bei der Transformation: Politische Zusagen und Vereinbarungen zum CO2-Emissionshandel sowie zugesagte Gelder für den Umbau zu grünem Stahl (u.a. Saarstahl) dürfen nicht rückgängig gemacht werden.
- Wettbewerbsfähige Energie: Dauerhafte und effektive Entlastungen bei den Strompreisen für energieintensive Betriebe statt befristeter Hilfen.
- Schutz vor Billigimporten: Strenge Importschutzmechanismen der EU gegen unfaire Konkurrenz aus Asien sowie verbindliche Einsatzquoten für europäischen, grünen Stahl.
- Planungssicherheit: Keine Benachteiligung von Unternehmen, die bereits frühzeitig in die Klimaneutralität investiert haben.“

Gleichzeitig weist die Regionalversammlung in scharfer Form das Ansinnen der saarländischen AfD zurück, den Umbau der saarländischen Stahlindustrie auf „grünen Stahl“ zu stoppen.

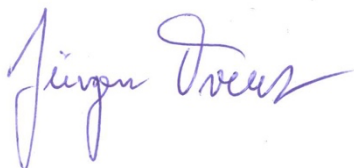
Die Folgen wären auch im Regionalverband ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit, die Verarmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie deren Familien. Zudem würde der Haushalt des Regionalverband kurz und insbesondere mittelfristig weiter deutlich belastet durch die notwendige Zahlung von Sozialleistungen.“

Begründung:

Eine Schwächung oder gar Zerschlagung der Stahlindustrie aufgrund geänderter Vorschriften bei der EU sowie unverantwortlicher Äußerungen der saarländischen Partei AfD würde sich unmittelbar und in erheblichen Umfang auf die Arbeitslosenzahlen im Regionalverband und die soziale Situation im Regionalverband insgesamt auswirken.

Zudem würden im Zuge der Arbeitslosigkeit in hohem Umfang auch vermehrte und erhöhte Zahlungen von Sozialleistungen nötig, die sich belastend auf den Haushalt des Regionalverbandes und seiner 10 Kommunen auswirken würden.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Treuss